



Newsletter

der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa

Juli-August 2005 Jahr: 1 Nr: 1

Johannisstraße 50, 58452 Witten • Tel.: +49.2302.913291 • Fax: +49.2302.913293 • E-mail: info@abtff.org • www.abtff.org

ABTTF hat sich an das Europarat gewandt

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) hat dem Kommissar für Menschenrechte im Europarat Alvaro Gil-Robles eine 25-seitige Mappe mit dem Titel „Die aktuellen Probleme der West-Thrakien Türken“ und 5000 Unterschriften aus den Vereinen in Europa für die Türkische Union Xanthi geschickt und den Kommissar zur Tat aufgerufen.

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) bringt die Probleme der in West-Thrakien lebenden türkischen Minderheit auf die Tagesordnung des Europarates. Nach dem Besuch des ABTTF-Ausschusses beim Parlamentarierrat des Europarates im vergangenen April wurde die Erstellung eines Gesuches vereinbart, die den Europarat zur Tat aufrufen sollte. Dieser Gesuch wurde nun fertiggestellt und zum Kommissar für Menschenrechte im Europarat Alvaro Gil-Robles geschickt.

Als Zusatz zum Gesuch wurde dem Kommissar für Menschenrechte auch ein 25-seitiger Text mit dem Titel „Die aktuellen Probleme der West-Thrakien Türken“ geschickt, wo die Rechte der Minderheit, die in bilateralen und multilateralen internationalen Verträgen anerkannt wurden, aufgelistet und die Beeinträchtigungen dieser Rechte zur Sprache gebracht



werden. In dem Bericht wurden zahlreiche Probleme der Minderheit erwähnt, wie zum Beispiel die Nichtanerkennung der türkischen Identität der Minderheit und parallel dazu die Schließung von Vereinen, die „Türkisch“ im Namen tragen, die statt durch Wahl von der Minderheit durch die griechische Regierung ernannten Muftis, die Stiftungen, deren Kontrolle der Minderheit aberkannt wurde, die Bildung der Minderheit, die von Tag zu Tag an Qualität verliert, die Einführung der landesweiten

3%-Hürde, damit die Minderheit keine unabhängigen politischen Vertreter herausbringen kann und die Situation der 46.638 West-Thrakien Türken, die nach Artikel 19 des Griechischen Staatsangehörigkeitsgesetzes nach Verwaltungsentscheidung ausgebürgert wurden.

Als Zusatz zum Gesuch wurden die in Europa gegen das Verbot der Türkischen Union Xanthi von den Mitgliedsvereinen der ABTTF gesammelten Unterschriften beigefügt.

Inhalt

- Die Erklärung des ABTTF-Vorsitzenden Halit Habipoğlu zu den Terroranschlägen in London
- Keine Demokratie für die Feinde der Demokratie
- Totalitäre Aussagen schaden der Integration
- Nachrichten aus West-Thrakien

Darin heißt es: „Uns wird nicht erlaubt, uns mit unserer ethnischen Identität zu definieren, unsere Vereine werden verboten, nur weil sie „Türkisch“ im Namen tragen, neben dem Recht unsere Identität selber zu definieren wird unsere Freiheit uns zu organisieren uns aus den Händen genommen. Nach dem Athener Abkommen von 1913 haben wir nach dem uns in Lausanne anerkanntem Recht der religiösen Souveränität die Garantie, unsere Muftis selber zu wählen, aber Griechenland ernennet Muftis, die ihr gehörig sind und erkennt unsere selber gewählten Muftis nicht.

...Seite 2

ABTTF hat sich an das Europarat gewandt

Seit der Junta-Regierung von 1967 können wir die Leiter unserer Stiftungen, die das Rückgrat unsere Minderheit bilden, nicht selber bestimmen. Auch heute noch bestimmt Griechenland diese Personen selber. Wir können unser eigenes Eigentum nicht kontrollieren. Unsere Bildung wird von Griechenland durch unausgebildete Lehrer, die nicht mal ordentlich Türkisch sprechen können,

und durch unzureichende Infrastruktur jeden Tag durch verschiedene Formen sabotiert. Unsere Minderheit wird gezwungen, fern von urbanen Infrastrukturdiensten ein Leben im Ghetto zu verbringen. Als ein europäisches Volk, als eines der Kinder von Europa; bitten wir sie als Kommissar für Menschenrechte der umfangreichsten Organisation von Europa um Hilfe, um die von unserem Land Griechenland uns angebrachten Ungerechtigkeiten zu stoppen.”

ABTTF-Vorsitzender Halit Habipoğlu sagte zu dem Gesuch ans Europarat: “Die Türkische Union Xanthi, die einer der ältesten Organisationen unserer Minderheit ist und deren Schließung nur wegen dem Wort “Türkisch” im Namen vergangenen März durch das Oberste Gericht von Griechenland bestätigt wurde, hat Anfang dieser Woche eine Klage gegen Griechenland beim Europäischen Menschenegerichtshof eröffnet. Als politische Unterstützung dieses Kampfes, der auf juristischer Ebene weitergeführt wird,

haben wir uns an das Europarat gewandt, wo 46 europäische Staaten vertreten werden, damit der Rat die Verletzung der Menschenrechte in Griechenland stoppt. Wir glauben daran, dass unser Kampf nach Gerechtigkeit, der auf juristischer und politischer Ebene weitergeführt wird, bald belohnt wird und dass unsere Minderheit, die in einem EU-Land unter den Mindestbedingungen lebt, zu seinem Recht kommt.” ■

Die Erklärung des ABTTF-Vorsitzenden Halit Habipoğlu zu den Terroranschlägen in London

Wir haben mit Bedauern von den Serienanschlägen auf die mit öffentlichen Verkehrsmitteln reisenden Zivilisten in London erfahren. Wir tadeln die Verantwortlichen, die nach den Anschlägen in Istanbul und Madrid nun auch in London zugeschlagen haben. Den Toten wünschen wir Gottes Gnade und den zurückgelassenen Familienangehörigen Geduld.

Es gibt keine Religion, hinter den sich diese unmenschlichen Mörder verstecken können, die unschuldige Menschen als Opfer auswählen, die ihrem Alltag nachgehen und die sich in den öffentlichen Verkehrsmitteln oder am Arbeitsplatz befinden. Die

Gleichsetzung des Islam, eine Religion des Friedens und der Toleranz wie die anderen Religionen auch, mit den Terroristen beunruhigt vor allem uns moslemischen West-Thrakien Türken, die seit 600 Jahren den Islam in seiner friedlichsten Form ausleben, davon die letzten 85 Jahre als Minderheit im mehrheitlich christlichen Griechenland und als Immigrant in Deutschland. Die Szenarien vom „Kampf der Kulturen“ nach dem 11. September sollten nicht erlaubt werden. Islam und Christentum sind keine Seiten, die sich vernichten wollen, ganz im Gegenteil, sie sind Lehren des Friedens und der Toleranz, die sich gegenseitig ergänzen. Der wahre Kampf ist zwischen diesem Verständnis des

Friedens und der Toleranz und dem Terrorismus, die die Welt in Blut ergießen wollen. Diese Wahrheit haben wir ganz klar bei den Anschlägen in Istanbul gesehen.

Das was wir heute machen müssen ist, dass Moslems, Christen, Juden, Buddhisten, Hinduisten, Anhänger anderer Religionen und Unreligiöse sich beim Frieden und Toleranz treffen um dieser zerstörerischen Mentalität Einhalt zu gebieten. Auch die Staaten haben dabei eine wichtige Aufgabe. Die Verhinderung des Terrorismus besteht nicht nur aus der Erhöhung der Verteidigungskosten, man muss auch die sozialen Unterschiede beseitigen, die der Entstehung des Terrors die Grundlage liefern und



zwischen den Gesellschaften das gegenseitige Verständnis stärken.

Wir tadeln noch mal heftigst die Täter der Anschläge, und rufen die Staaten, die Medien und vor allem das Volk zur Ruhe und statt der Vernichtung zur Solidarität auf der Grundlage der Toleranz auf. ■

Keine Demokratie für die Feinde der Demokratie!"

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF), hat an die griechischen Zuständigen appelliert, keine Erlaubnis für das Jugendcamp mit dem Slogan "Türkei raus" zu geben, das vom 16.-18. September von den rechtsextremen Parteien in Europa in Griechenland durchgeführt werden soll.

Mit der Teilnahme von rassistischen Parteien aus Griechenland, Italien, Deutschland, Spanien und Rumänien soll vom 16.-18. September 2005 in Griechenland mit dem Slogan "Unser Europa... nicht deren, Türkei raus aus Europa" ein Jugendcamp statt finden. Dazu kam Kritik aus der ABTTF. Bei diesem Neo-Nazi Jugendcamp werden aus Deutschland die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), aus Italien die Neue Kraft (Forza Nuova), aus Spanien die La Falange, aus Rumänien die Neue Rechte (Noua Dreapta) und aus Griechenland die Goldene Morgendämmerung (Hrisi Avgi) teilnehmen. Unter der Führung der deutschen NPD sind die rassistischen Parteien in der "Europäischen Nationalistischen Front" (European Nationalist Front) zusammengekommen und sehen dieses Jugendcamp als ein Produkt ihrer Bestrebungen um mächtiger zu werden und um mehr Mitglieder zu sammeln.

Halit Habipoğlu, der Vorsitzende der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF), der die Vertretung der in Griechenland lebenden türkischen Minderheit in Westeuropa ist, gab zu diesem Thema folgende Erklärung ab: "Die Erlaubnis für dieses Camp



führt zur Gefährdung der türkischen Minderheit in Griechenland als Erstes und zur Gefährdung der europäischen Ideale als Zweites. Denn mit diesem Camp soll die Feindschaft gegenüber der Türkei und gegenüber den Türken in die jungen Köpfe transportiert werden. Wir erwarten von der griechischen Regierung die Verbotung dieser Aktivität, die gegen die demokratische Ordnung ist." Habipoğlu sagte, dass gegen die Demokratiefeinde, die in Europa nach den schlechten Erfahrungen vor und während des 2. Weltkrieges entstanden sind, das Prinzip der "kämpferischen Demokratie" angewendet werden muss, was vorsieht, dass man Gruppen die

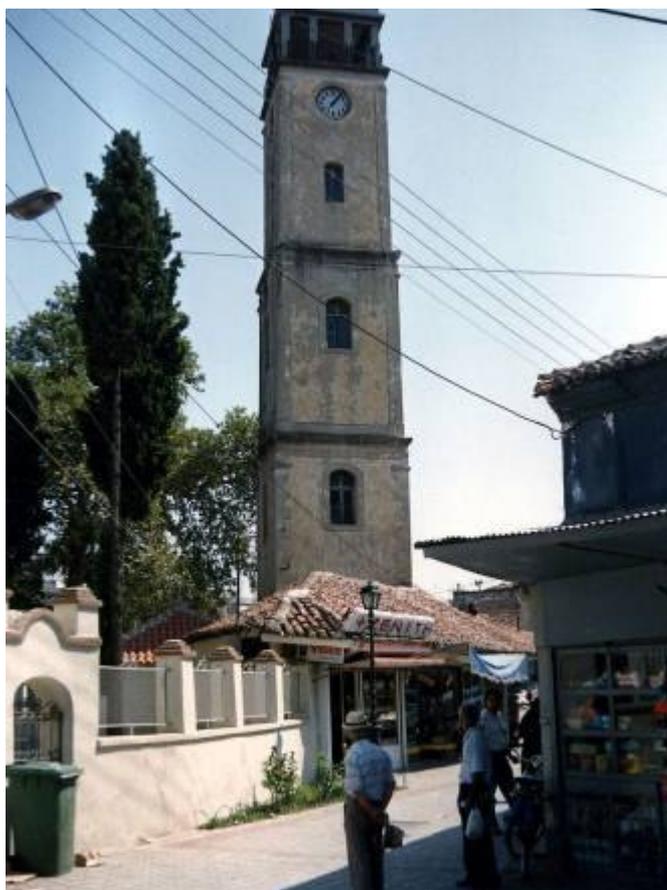
demokratischen Rechte verwehrt, wenn sie die bestehende Ordnung zerstören wollen. Habipoğlu sagte weiterhin: "In einer europaweiten Umfrage wurde ermittelt, dass die rechtsextremen Bewegungen in Griechenland am Stärksten sind. Außerdem wurde bei einem Kongress unter griechischen Studenten vor einem Jahr an die Regierung die Entscheidungen weitergegeben, dass die künftigen Intellektuellen des Landes, die in West Thrakien lebenden Minderheiten stärker unter Druck setzen soll und die Anzahl der Ausländer im Land verringert werden sollen. Als eine Minderheit in Griechenland leben wir schon in einer nicht sehr

geheuren Geographie. Wir hoffen, dass solche Tendenzen, im Rahmen der stärker werdenden Europäischen Integration, verringert werden. Mit solchen Veranstaltungen werden die falschen Gedanken in die jungen Köpfe transportiert." Der ABTTF-Vorsitzende appellierte an alle demokratischen NGOs und internationale Menschenrechtsorganisationen, diese Veranstaltung zu verhindern. Zuvor gab das Griechische Ministerium für die Soziale Ordnung bekannt, dass die Veranstaltung nicht verboten werden kann, weil sie friedlich und unbewaffnet ist. ■

Die Stiftungen in West-Thrakien verbluten weiter

Die Stiftungen der türkischen Minderheit in West-Thrakien, deren Leiter seit der Junta-Regierung in Griechenland im Jahre 1967 nicht von der Minderheit gewählt werden, sind wieder auf der Tagesordnung. Die Stiftungsleiter, die die Grundstücke der Stiftung dem Bauunternehmer gegen zur Verfügungsstellung eines Stockwerkes im zu bauenden Gebäude aushändigen wollen, kriegen viel Kritik.

Seit fast 40 Jahren werden die Leiter der Stiftungen der türkischen Minderheit in West-Thrakien von der griechischen Regierung bestimmt und nun sind sie wieder wegen einem Versuch der Plünderung in der Tagesordnung. Die Stiftungen der türkischen Minderheit in West-Thrakien verbluten seit der Junta-Regierung im Jahre 1967 bis heute. Die Junta verabschiedete kurz nach dem Machtantritt das "Gesetz zur Neugründung der Öffentlichen Ordnung", das auch die Leitung der Stiftungen der Minderheiten umfasste. Die damaligen von der Minderheit gewählten Leiter wurden durch neue Leiter ersetzt. Als 1974 die Demokratie wieder zurück ins Land kam, hat sich nichts geändert und die Lage wollte durch ein Gesetz, das 1980 verabschiedet werden sollte, noch ungünstiger gemacht werden. Aber nach dem Druck aus der Türkei und der EU konnte Griechenland das Gesetz nicht in die Tat umsetzen. Dieses Gesetz, das die strenge Kontrolle des Staates über die Stiftungen vorsah und dem Staat die Erlaubnis gab, den Besitz der Stiftungen zu beschlagnahmen, wurde 1991 verabschiedet, in dem man die damaligen Unruhen ausnutzte. Damit wurden die Stiftungen dazu verpflichtet, dass sie alle ihre Besitztümer bis zum Inkrafttreten des Gesetzes mit offiziellen



Belegen an die staatlichen Ämter mitteilen müssen, da ansonsten der Staat dieses Eigentum beschlagnahmen darf. Wenn man bedenkt, dass durch Krieg, Plünderung und Auswanderung in diesen Gebieten viele Dokumente verloren gegangen sind, wird der "Damokles-Schwert" über die Stiftungen der Minderheiten weiter bestehen. Andererseits haben die Wahlen noch nicht stattgefunden, die nach dem Abkommen von Lausanne und der inneren Satzung, die

die Beschlüsse dieses Abkommens widerspiegeln muss, bei den Stiftungen der Minderheiten gemacht werden müssten. Dieser Zustand, dass die Minderheit die Personen, die ihr eigenes Eigentum verwalten, nicht selber bestimmen und kontrollieren kann, stieß unter der Minderheit immer auf viel Kritik. Dass die Stiftungsleitung in Xanthi das Stiftungseigentum dem Bauunternehmer gegen zur Verfügungsstellung eines Stockwerkes im zu bauenden Gebäude aushändigen

wollen, brachte das Fass zum Überlaufen. Der Beratungsrat der Minderheit, der die alten und neuen Parlamentsabgeordneten, Muftis, Bürgermeister und Vereinsvorsitzenden der türkischen Minderheit in West-Thrakien zusammenbringt und damit das höchste Organ der Minderheit ist, hat zum Thema eine Erklärung veröffentlicht. Darin heißt es: "Wir fordern erneut dazu auf, dass unser Staat, der die Demokratie nach Europa exportieren will, deren Handlungen aber undemokratisch sind, mit dieser Gewaltherrschaft aufhört, und fordern sofortige freie Wahlen für die Verwaltung der Stiftungen, wo alle West-Thrakien Türken Anteile dran haben." Der Vorsitzende der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) Halit Habipoğlu forderte Griechenland auf, endlich die Stiftungsleitungen an die Minderheit abzugeben und sagte weiterhin: "Unsere Stiftungen sind das Rückgrat unserer Gemeinschaft. Seit fast 40 Jahren versucht unser Staat unser Rückgrat zu brechen. Es ist nun an der Zeit, diese Art der Politik aufzugeben. Gegen andere Stiftungen in unserem Land wird nicht so vorgegangen, nur unsere Minderheit wird unter dem Vorwand der Gegenseitigkeit unterdrückt und die Welt bleibt still." ■

Hagel- und Flutkatastrophe in West-Thrakien

Heftige Regenschauer und Hagel haben im türkischen Siedlungsgebiet in Griechenland Komotini (Gümülcine) großen Schaden verursacht. Die Regenschauer haben den größten Schaden in den Dörfern Bulduklu, Kalfa, Demirciler und Baraklı verursacht aber durch Zufall kam es zu keinen Lebensverlusten. Im Dorf Bulduklu fielen tennisballgroße Hagelkörner auf Häuser, die nicht mehr genutzt werden können. Im Dorf Kalfa gibt es große finanzielle Schäden. Der Beratungsrat der Türkischen Minderheit in West-Thrakien und die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa werden für die Opfer der Flutkatastrophen eine Hilfskampagne starten.

Heftige Regenschauer und Hagel haben in der Region Komotini (Gümülcine) in Griechenland, wo sich sehr viele Türken befinden, großen finanziellen Schaden verursacht. Die heftigen Regenschauer, die am Freitag in der Region begannen und wo die Hagelkörner von Zeit zu Zeit Tennisballgröße erreichten, haben viele Häuser unnutzbar gemacht, die Saat wurde beschädigt und viele Kleintiere gingen verloren, so dass den Dorfleuten schwere Tage bevorstehen. Der einzige Trost ist, dass die Flut und der Hagel nicht zu Lebensverlusten geführt haben.

Die ABTTF-Delegation aus dem Vorsitzenden Halit Habipoğlu und Mustafa Kasap, Engin İsmail, Sami Yusuf und Hayati Habipoğlu haben ihr vorher festgelegtes Programm den Jahrmarkt



in Seçek zu besuchen unserer abgesagt und um die Landmänn Katastrophenopfer vor ner unter Wasser stehen, können sie nicht mal den alltäglichen Bedürfnissen nachgehen. Die Dorfleute der Minderheit werden unter großen Schulden erdrückt, sie sind nicht in der Lage, diese großen finanziellen Schäden alleine zu bewältigen. Wir rufen die griechische Regierung und unseren Abgeordneten aus der Regierungspartei İlhan Ahmet dazu auf, der Region Soforthilfe

zukommen zu lassen.“ Der ABTTF-Vorstand hat eine Mitteilung zur Unterstützung der Hilfskampagne des Beratungsrates der Minderheit für die Katastrophenopfer veröffentlicht, und von den türkischen Migranten aus West-Thrakien, die größtenteils ihren Urlaub in West-Thrakien verbringen, gewünscht, dass sie die Katastrophenopfer besuchen und ihnen helfen. In der Erklärung wandte sich die ABTTF an die Verantwortlichen der griechischen Regierung und rief sie dazu auf, den Menschen, die mit der Katastrophe konfrontiert sind, sofort zu helfen, die beschädigten Häuser zu reparieren, den entstandenen Schaden an der Ernte und an den Tieren zu ersetzen und die Schulden der Dorfleute auf die weiteren Jahre zu verschieben.■

Newsletter

**Der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa
zweimonatlicher Nachrichtenbulletin**

Jahr: 1 Nr:1 Juli-August 2005

Redaktion: Cem Şentürk – Adnan Yusuf

Telefon: 02302 / 913291 Fax: 02302 / 913293

E-mail-Intenet: info@abtff.org – www.abtff.org

Adres: Johannisstr. 50, 58452 Witten

Die Türken sollten nicht zum Wahlkampfthema gemacht werden!

Nach der Auflösung des Bundestages in Deutschland und der Festlegung von Neuwahlen für Mitte September, hat der Vorsitzende der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) Habipoğlu, die Kandidaten aufgerufen, sich von Erklärungen gegen die Migranten fernzuhalten.

Nach der historischen Niederlage der SPD bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen sind es nur noch wenige Tage bis zu den Neuwahlen am 18. September, die durch die Initiative von Kanzler Gerhard Schröder herbeigeführt wurden. Die politischen Parteien haben ihre Kandidaten schon nominiert und mit dem Wahlkampf begonnen. Halit Habipoğlu, Vorsitzender der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF), hat die Kandidaten gebeten, Migranten und vor allem die moslemischen und türkischen Migranten nicht zum Ziel ihrer politischen Erklärungen und somit zum Wahlkampfthema zu machen.

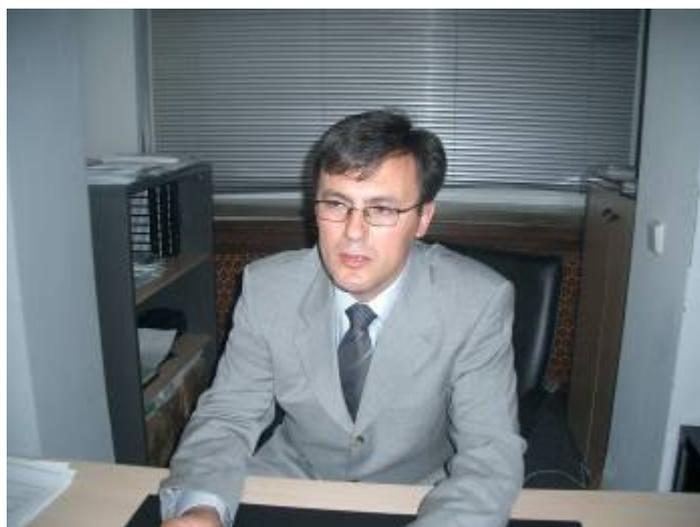
Nach den aufeinanderfolgenden Terroranschlägen und der hohen Arbeitslosigkeit sei die politische Stimmung in Deutschland angespannt, so betonte Habipoğlu. Unter diesen Umständen sollen die Politiker bei den Erklärungen beim Wahlkampf auf die empfindlichen Gleichgewichte achten, und sich von Erklärungen fernhalten, die die Migranten marginalisieren würden.

Statt Sündenböcken sollten Lösungen gesucht werden!

Habipoğlu wies darauf hin, dass sich in letzter Zeit in der deutschen Öffentlichkeit Erklärungen gehäuft haben, die die Beziehungen zwischen der Minderheit der Migranten und der Mehrheitsbevölkerung schaden. Habipoğlu: „Es wird versucht, die EU-Mitgliedschaft der Türkei und die Migranten zu Sündenböcken zu machen, weil in letzter Zeit die Geschäfte in Europa nicht so gut laufen. Es ist nicht problemlösend, wenn man kurzfristig Feinde aufbaut, damit die Gesellschaft die wahren Probleme vergisst. Im Gegenteil. Dass dies im sozialen Bau nicht regenerierbare Wunden aufschlägt, zeigt uns die Geschichte in aller Offenheit. Heute müssen wir gegen die grundlegenden Probleme Lösungen finden, zuallererst gegen die Arbeitslosigkeit und die Verteuerung der Lebensumstände.“

Die Debatte um den IQ-Wert der Türken

Halit Habipoğlu erklärte, dass die Aussagen vom Rektor der Freien Universität Berlin Prof. Dr. Dieter Lenzen und Dr.



Volkmar Weiss, wonach der IQ-Wert der in Deutschland lebenden türkischen Kindern niedrig sei, von den Türken viel Kritik erfahren hat und dass solche Aussagen unangebracht und unbegreiflich sind. Er wies darauf hin, dass Wissenschaftler sich von Aussagen fernhalten sollten, die den Rassismus begünstigen und dass die genannten Untersuchungen fehlerhaft seien. Habipoğlu stützte sich auf den Bericht der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe der ABTTF zu diesem Thema und sagte weiter: „Der größte Nachteil der IQ-Tests liegt darin, dass sich bei den Ergebnissen der dargelegten Tests die kulturellen Faktoren und der Blickwinkel der Muttersprache überproportional hoch

wiederspiegeln. Es ist natürlich, dass die Ergebnisse enttäuschend sind, wenn man ein Test für die amerikanische Gesellschaft in einem Land des Fernen Ostens anwendet oder ein Test für die Agrarbevölkerung im Nahen Osten in einem westeuropäischen Land anwendet. Dass die Kinder einer Gesellschaft, die seit Jahren in Europa als „Gäste“ angesehen werden, und zu einer verschlossenen Gesellschaft gezwungen werden, in der Schule erfolglos sind, ist nicht auf ihren niedrigen IQ-Wert, sondern auf die Erfolglosigkeit der Migrations- und Bildungspolitik zurückzuführen.“ ■

“Die EU muss die Schuld zuerst bei sich selber suchen”

Der Vorsitzende der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) Halit Habipoğlu bewertete die veränderte politische Stimmung gegenüber der Türkei und das offene Ende der Beitrittsgespräche nach dem „Nein“ zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden und sagte „Die EU sollte statt die Türkei und die Türken zum Sündenbock zu machen, die Schuld zuerst bei sich selber suchen“

Der Vorsitzende der ABTTF Halit Habipoğlu bewertete die Haltung der EU-Kreise, die nach dem „Nein“ bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden wegen Stimmenfang eine negative politische Stimmung gegenüber der Türkei und den Türken entwickelten und dadurch ein offenes Ende der Beitrittsgespräche entstand und sagte „Es war ein Fehler, vor der Einführung des Mehrheitsprinzips, das die EU zu mehr politischen Effektivität geführt hätte, durch die Aufnahme von 10 neuen Ländern eine Erweiterung zu vollziehen. Die Hineinziehung des uneffektiven Baus der EU in die Unlösbarkeit der Probleme sollte nicht durch die Kandidaturphase der Türkei verdeckt werden.“ Habipoğlu sagte, dass bei den letzten Referenden in Frankreich und den Niederlanden mit „Nein“ gestimmt wurde, weil die Nationen nicht ausreichend vorbereitet wurden und betonte die Haltung der Nationalstaaten, die die EU nicht als ein gemeinsames Feld für die Zukunft, sondern als ein Feld der aktuellen Bedürfnisse sehen. Er sagte weiterhin, dass vor allem die Verbindung des „Nein“ in Frankreich mit dem EU-Beitritt der Türkei und die häufige Verwendung durch die konservativen Parteien lediglich den europäischen Idealen schadet.

Ein Europa der vielen Kulturen?



Habipoğlu unterstrich die Entfernung von einem Ideal vom Europa der vielen Sprachen und der vielen Kulturen durch die kompromisslose Haltung der nationalen Regierungen und sagte: „Die Isolierung eines Volkes aus Europa wegen alltäglichen politischen Vorteilen, das 600 Jahre lang auf dem Balkan vorherrschend war und sich zum Westen gewandt hat, wird am Meisten Europa schaden und wird dazu führen, dass die Bedeutung des Begriffes der

vielen Kulturen verloren gehen und stattdessen die Kontrolle der herrschenden Kultur über die anderen eingesetzt wird.“

Die Mitgliedschaft der Türkei wird die Konflikte verhindern

Der ABTTF-Vorsitzende sagte, dass die Aussagen gegen die Türkei, die in den letzten Tagen vor allem von den christdemokratischen Kreisen verwendet werden, zu einer Verdeckung der Selbstkritik

von Europa führt und dass es dem Dialog schadet, das nach den Anschlägen vom 11. September schon gestört werden will und deswegen das Leben von den über 3 Millionen Türken in der EU erschwert. Er sagte weiterhin: „Vielleicht können wir West-Thrakien Türken, die seit 80 Jahren als Minderheit in Griechenland leben, am Besten verstehen, wie es ist, wenn türkenfeindliche Aussagen zum Volk getragen werden. Wir sehen mit Befürchtung, dass es in den EU-Ländern, wovon wir eine Hilfe gegen die minderheitenfeindliche Politik von Griechenland, die auf einer Türkenparanoia basiert, erhofften, die gleichen Syndrome auftauchen. Wir hoffen, dass eine Ernüchterung einkehrt und dass Europa nicht in so eine Sackgasse gerät.“

Habipoğlu sagte, dass die West-Thrakien Türken eine offene kulturelle Ausgrenzung in der Gesellschaft erleben und dass die Verhinderung dieser in ganz Europa mit den drauf folgenden Problemen nur durch die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU gelöst werden kann. Habipoğlu weiter: „Entgegen der Größe der Wirkung beim Volk und der falschen Propaganda, die durch den offenen Ausgang der Beitrittsgespräche offengelegt wurde, sind die Türken Europäer und der Platz der Türkei ist die EU.“■

„Totalitäre Aussagen schaden der Integration“

Die Aussagen der Neuköllner Kreisortsvorsitzenden der CDU und stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin Stefanie Vogelsang, dass die Menschen, die kein Deutsch können, ausgewiesen werden sollen, fanden von der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) Kritik: „Wegen politischen Vorteilen sollte man die Minderheit der Migranten nicht als Ziel zeigen. Diese Samen, die wegen kurzfristigen Vorteilen gesät werden, öffnen langfristig die Türen für den Totalitarismus.“

ABTTF-Vorsitzender Halit Habipoğlu hat die Aussagen von Stefanie Vogelsang von der CDU scharf kritisiert. In der deutschen Presse wurde viel über ihre Aussagen berichtet, dass Migranten, die nicht ausreichend Deutsch gelernt haben, ausgewiesen werden sollen. Habipoğlu sagte, dass es eine unglückliche Tatsache ist, dass vor den bevorstehenden Wahlen am 18. September die politischen Persönlichkeiten wegen dem Kampf um politische Vorteile die Minderheit der Migranten in Deutschland zum Ziel erklären und sagte weiterhin: „Als Mitglieder der Minderheit der

Migranten in Deutschland sehen wir es als selbstverständlich an, die Sprache des Landes, in der wir leben, so gut wie möglich zu lernen und ich glaube, dass wir dies bestens ausführen, aber die Aussagen von Frau Vogelsang zeigen, dass sie redet ohne die Geschichte der Migration einzubeziehen. In der über einem halben Jahrhundert andauernden Geschichte der Arbeitermigration sind die Migranten längst zu einem Teil von Deutschland geworden. Es sollte nicht vergessen werden, dass die Anerkennung der ehemaligen Ausländer als Migranten erst



Anfang dieses Jahres erfolgt ist.“

Habipoğlu stellte klar, dass der Gedanke, Menschen des Landes zu verweisen, nur weil sie die Sprache nicht

lernen können, in der demokratischen Ordnung keinen Platz hat: „Die betroffenen Menschen sind gewöhnliche Personen, die gleich nach ihrer Ankunft ohne irgendwelche sprachliche Ausbildung in die Mühlen der Industrie eingefügt wurden. Es zeugt vom juristischen Unwissen, dass man eine Anwendung wie eine Ausweisung aus dem Land, die man eigentlich gegenüber Terroristen oder Kriminellen anwendet, auf diese Menschen anwendet. Außerdem ist dies das eigentliche Hindernis für die Integration der Migranten in diesem Land.“■

Föderation der West-Thrakien Türken in Europa

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) ist die höchste Institution und die einzige Vertretung der türkischen Migranten aus West-Thrakien in West-Europa, die sich nach der Gründung des Vereins in Giessen 1979 sehr schnell in ganz Deutschland organisierten. Sie wurde am 28. Februar 1988 durch Zusammenschluss von 7 Ortsvereinen gegründet und ist heute ein gemeinnütziger Dachverband von 29 Mitgliedsvereinen. Die ABTTF wurde gegründet, um der Stimme unserer unter schweren Bedingungen zu erhaltende Minderheit vor internationalen Institutionen und den westeuropäischen Staaten Gehör zu verschaffen, ist bei so vielen internationalen Plattformen wie den Vereinten Nationen, der OSZE und dem Europa-Rat aktiv, ist freiwilliger Botschafter unserer Minderheit in West-Europa um Lobby-Arbeit für die Lösung unserer Probleme zu betreiben. Aus diesem Grund werden zu den aktuellen Ereignissen in West-Thrakien Broschüren, Berichte und Pressemitteilungen in türkischer, deutscher und englischer Sprache erstellt und Behörden, Institutionen und Personen zur Verfügung gestellt. Die ABTTF betreibt Aktivitäten um den sozialen Bedürfnissen der in West-Europa lebenden türkischen Migranten aus West-Thrakien nachzukommen, organisiert eine Vielzahl von sozialen Aktivitäten um die West-Thrakien Türken zusammenzuführen. Zu den wichtigsten Aktivitäten zählen die Unterstützung der Vereine für das gemeinsame Fastenbrechen in den Ramadan-Monaten und die jährlich in den Sommermonaten durchgeführten „Traditionellen Dr. Sadık Ahmet Fußballturniere“. Um die Probleme unserer Minderheit auch im wissenschaftlichen Umfeld zu thematisieren werden die bestehenden Arbeiten fortgeführt, die Vorarbeiten für eine Publikation, die in diesem Umfeld weitergeführt wird, laufen weiter. Außerdem werden die Berichte über Griechenland und West-Thrakien in den in Europa erscheinenden türkischen Zeitungen zum Thema im Pressebüro der Föderation archiviert, um sie den Experten, die sich mit diesem Thema beschäftigen, zur Verfügung zu stellen. Neben diesen Publikationen besteht ein monatliches Pressebulletin, wo die Aktivitäten unserer Föderation und unserer Vereine der Öffentlichkeit bekannt gegeben wird.